

# Kurzinformationen

Die Internationale lutherisch-reformiert-römisch-katholische Studienkommission zur Theologie der Ehe (gegr. 1971) trat vom 2. bis 7. Dezember 1974 zum viertenmal in Straßburg zusammen. Während die früheren Gespräche der psychologischen, soziologischen und religiösen Analyse der gegenwärtigen Lage und der Theologie über die Beziehung von Mann und Frau sowie der Sakramentalität der Ehe gewidmet waren, stand diesmal die *Unauflöslichkeit der Ehe* zur Diskussion (LWB-Presse-dienst 12. 12. 74). Die Hauptreferate hielten *Hans Dombois* (Heidelberg) und *Cyrrill Vogel* (Straßburg). Sie gingen ein auf kennzeichnende Ansätze in der christlichen Tradition bezüglich der Ursachen zerbrochener Ehen, die Praxis der orthodoxen Kirche, die mittelalterliche Theologie und moderne Entwicklungen. In einem Dokument, das Teil eines umfassenden Berichtes sein wird, wurde zugegeben, daß es in der historischen Dimension des Problems der Unauflöslichkeit spezifische Meinungsabweichungen gibt, daß aber die westliche Tradition nicht einfach die östliche Tradition als für sie fremd erachten kann. „In einmütiger Überzeugung unterstrich die Gruppe die dauernde und lebenslange Eigenschaft der Ehe; sie tat dies auf dem Boden des christlichen Evangeliums, das gegeben ist von Christus durch seine Gnade.“ Angesichts des sichtlichen Zusammenbrechens der Ehe und des Familienlebens in vielen Teilen der Welt, befaßt sich ein beträchtlicher Teil des Berichtes ausführlich mit der *gemeinsamen christlichen Verantwortung* und bestimmten Empfehlungen für pastorales Handeln. Aber es heißt: „Die Untersuchung der kennzeichnenden Wesensmerkmale im Ansatz der römisch-katholischen Kirche und der protestantischen Kirchen sowie bei den Kirchen östlicher Tradition hatte unvermeidlich die Formulierung mehrerer Fragen zur Folge, die man den verschiedenen Traditionen zur Beantwortung unterbreitet.“ Die Studienkommission plant einen Abschlußbericht über die ganze theologische Arbeit, die in den vier vergangenen Jahren geleistet worden ist. Er soll im Laufe des Jahres 1976 verfügbar sein. Das vatikanische Sekretariat für die Einheit der Christen war durch Msgr. *Charles Moeller* und Msgr. *Joseph Tomke* vertreten. Zwei Frauen gehörten zu den Teilnehmern: *Jacqueline Stuyt* (London) und *Sophia Tung* (Taiwan).

Die Errichtung der Hierarchie im Sudan wurde am 12. Dezember von Papst Paul VI. bekanntgegeben. Damit ist auch im kirchlichen Bereich eine Normalisierung der Lage im Sudan eingeleitet. Bis jetzt bestanden dort die beiden Apostolischen Vikariate Khartum und El Obeid im nördlichen Teil des Landes, im Süden die drei Vikariate Juba, Rumbek und Wau, sowie die Apostolischen Präfekturen Malakal und Mupoi. Jetzt ist Khartum zur Erzdiözese erhoben worden, der El Obeid als Suffraganbistum untersteht. Im Süden wurde Juba Erzdiözese mit den Suffragandiözesen Rumbek, Wau und Tombora (neuer Name für Mupoi). Der bisherige Apostolische Vikar von Khartum, Bischof *Augustin Baroni FSCJ*, wurde zum Erzbischof von Khartum ernannt. Bischof *Ireneus Dud*, Apostolischer Vikar von Wau, wird Erzbischof von Juba. Drei sudanesishe Priester sind zu Bischöfen ernannt worden: *Pio Yukwan Deng* (Malakal), *Joseph Gasi* (Tombora) und *Gabriel Zubeir* (Wau). Mit Ausnahme von Erzbischof Baroni sind alle Bischöe Sudanesen (Fides, 18. 12. 74). Die bischöfliche Hierarchie des Sudan wäre

schon viel früher errichtet worden, wenn nicht der Bürgerkrieg ausgebrochen wäre, der das Land 17 Jahre lang (von 1955 bis 1972) in zwei Lager, das nördliche und südliche, gespalten hat. Der arabischsprechende und mohammedanische Norden mit seiner Bevölkerung von rund acht Millionen versuchte, der Negerbevölkerung des Südens, die zahlenmäßig nur ungefähr halb so stark war und unter der sich etwa eine halbe Million Katholiken befand, seinen Willen aufzuzwingen. 1964 waren alle Missionare aus dem Süden ausgewiesen worden. Lediglich 17 Priester, 16 Brüder und 19 Schwestern (alles Sudanesen) zusammen mit Bischof Dud blieben zur Betreuung der Katholiken zurück. Erst mit der Machtübernahme durch Präsident *Numeiry* im Jahre 1969 besserte sich die Lage. Damals bereits errichtete der Heilige Stuhl eine Apostolische Delegation für das Gebiet des Roten Meeres mit Sitz in Khartum. Im Jahre 1972, nachdem die Regierung mit dem Führer der Südsudanesen ein Abkommen geschlossen hatte, nahmen der Heilige Stuhl und der Sudan diplomatische Beziehungen auf und Erzbischof *Ubaldo Calabresi* wurde zum Pro-Nuntius ernannt. Mittlerweile haben einige Missionare auch die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten. Wegen der verworrenen Lage im Lande ist es immer noch schwierig, statistische Angaben über die Kirche zu bekommen. Zwar ist die Zahl der einheimischen Priester (u. a. durch Ausbildung der Seminaristen in Uganda) von 11 im Jahre 1956 auf 73 heute gestiegen, doch herrscht besonders im Süden ein so großer Priestermangel, daß sich die Bischöfe veranlaßt sahen, ein eigenes Hirtenschreiben über Berufe herauszugeben.

Schwere Beeinträchtigungen des kirchlichen Lebens in Südafrika wurden im Dezember bekannt. Demnach begannen die südafrikanischen Behörden am 11. Dezember 1974 damit, die Pässe der leitenden Mitarbeiter des Christlichen Instituts einzuziehen. Wenig später kündigten sie die Enteignung der Theologischen Hochschule in Alice (Kapprovinz) an, in der farbige Theologen aus sieben Kirchen Südafrikas ausgebildet werden. Bei der gegen das Institut gerichteten Aktion, die bereits ihre Vorläufer hat, wurde zunächst dem Regionaldirektor für die Kapprovinz, Pfarrer *Theo Kotze*, der Paß einbehalten. Die anderen leitenden Mitarbeiter wurden davon unterrichtet, daß die Einziehung ihrer Pässe bevorstehe, bzw. aufgefordert, die Dokumente bei den Behörden abzuliefern. Zu den Betroffenen gehören der Direktor des Christlichen Instituts, *C. F. Beyers Naudé*, der Chefredakteur der vom Institut herausgegebenen Zeitschrift „Pro Veritate“, Pastor *Roelf Meyer*, ferner der Leiter eines angeschlossenen Verlagshauses, der Direktor des „Programms für sozialen Wandel“ und der Verwaltungsdirektor des Instituts. Allen Betroffenen waren schon früher vorübergehend die Pässe entzogen worden, einer hatte das Dokument nach zweieinhalbjährigem Entzug erst eine Woche zuvor zurückbekommen. Unmittelbarer Anlaß für diesen erneuten Angriff war vermutlich (vgl. epd, 12. 12. 74) eine Erklärung der Leitung des Instituts, in der es geheißen hatte, daß gewaltsam aufrechterhaltene Apartheid zu revolutionärer Gewalt im südlichen Afrika führe. Die Apartheid könne nicht gegen den Lauf der Geschichte weiterbestehen. Es handelte sich hierbei um die erste Verlautbarung des Instituts nach der Rückkehr Beyers Naudés von einer mehrwöchigen Reise nach Europa und den USA, wo

er für seine Verdienste um Frieden und Gerechtigkeit in Südafrika den Reinhold-Niebuhr-Preis erhalten hatte. Die Institutsleitung sprach dem Direktor, der in seiner Abwesenheit wegen Äußerungen zur Lage in Südafrika scharf kritisiert und angegriffen worden war, in der Erklärung nachdrücklich ihr Vertrauen aus. Gegen die fast gleichzeitige Ankündigung der Enteignung der Theologischen Hochschule protestierte der Südafrikanische Kirchenrat sofort. Dabei erinnerten die Kirchenführer besonders daran, daß das Seminar Anfang der sechziger Jahre als Ersatz für andere theologische Hochschulen gegründet worden sei, deren Schließung die Regierung erzwungen hatte. Damals habe der für die Angelegenheiten der Schwarzen zuständige Minister zugesichert, daß die Zukunft des Seminars gewährleistet sei (epd, 18. 12. 74). Der offizielle Grund für die Enteignung, daß nämlich die benachbarte Fort-Hard-Universität erweitert werden müsse und das Grundstück brauche, ist nach Ansicht des Kirchenrates nicht stichhaltig, da noch genug andere Grundstücke zur Verfügung stehen. Die Kirchen müßten diesen „gewaltsamen Akt“, der zur Verschärfung der Spannungen beitragen werde, als „Angriff auf eine ihrer wesentlichen Aufgaben“ ansehen. Der EKD-Ratsvorsitzende *Helmut Claß* richtete an den südafrikanischen Ministerpräsident *Balthasar Johannes Vorster* am 16. Dezember ein Schreiben mit Fragen und Bitten um Aufhellung der Vorgänge. Dabei appellierte er an den Regierungschef, den Brief nicht als „Überschreitung der einer Kirche gesetzten Grenzen“ aufzufassen: „Vielmehr fühle ich mich dazu vom Neuen Testament her veranlaßt, das jeden Christen zur Solidarität mit seinen leidenden Brüdern und Schwestern verpflichtet.“ Unter Hinweis auf ein Gespräch, das er Anfang Dezember mit dem südafrikanischen Botschafter in der Bundesrepublik geführt hat, bedauert der EKD-Ratsvorsitzende, daß ihm damals einige Tatsachen noch nicht bekannt gewesen seien, „die inzwischen auch in unserem Land Anlaß zu erheblicher Beunruhigung gegeben haben“.

Im August 1971 wurde als Nachfolgeorganisation der „Friedensbewegung der katholischen Geistlichen der Tschechoslowakei“ die Vereinigung der katholischen Geistlichen „Pacem in Terris“ von den Prager Behörden offiziell anerkannt. Fast vier Jahre später — Mitte Januar 1975 — trafen sich etwa 200 „Delegierte“ des „Pacem in Terris“ der Tschechischen sozialistischen Republik in Prag zu ihrem ersten Kongreß. Der Ordinarius der Administratur von Český Těšín (Teschen) *Antonín Veselý*, der seit zwei Jahren Vorsitzender der Bewegung ist, konnte in Anwesenheit des tschechischen Kultusministers und Schwiegersohns des Staatspräsidenten Svoboda, Dozent *Milan Klusák*, und des Leiters des Sekretariats für Kirchenfragen, *Karel Hruza*, die „gute Zusammenarbeit“ mit den staatlichen Organen nicht genug loben. So wurde begrüßt, daß im Jahre 1974 der Staat für die Renovierung der Kirchen 50 Millionen Kronen (etwa 12 Millionen DM) zur Verfügung stellte, daß Vertreter von „Pacem in Terris“ Mitglieder des Weltfriedensrates sowie der Berliner Konferenz der Katholiken sind, daß man überall auf volles Verständnis des „sozialistischen Staates“ stoße, was die etwa 1000 Mitglieder des „Pacem in Terris“ in dem tschechischen Landesteil der ČSSR voll zu schätzen wüßten. Pflichtgemäße Kritik, die er auch im Prager Rundfunk in einem Interview wiederholte, übte *Veselý* an der tschechoslowakischen kirchlichen Emigration, die in Rom die Politik des Vatikans im Sinne der „Reaktion“ zu beeinflussen versuche. In der Schlußerklärung wurde betont, daß sich die Mitglieder der

Vereinigung „als treue Söhne des sozialistischen Vaterlandes betrachten“, an dessen sozialistischem Aufbau sie sich auch aktiv beteiligen wollen. Dies betonte übrigens auch der anwesende Apostolische Administrator von Olmütz und Amtsvorgänger von *Veselý*, Bischof *Josef Vrána*. Interessant — aber eigentlich nicht verwunderlich — war die Tatsache, daß auf dem Kongreß die Fragen des Religionsunterrichtes und die sich immer noch steigernde antikirchliche Aktivität der zuständigen örtlichen Kirchensekretariate überhaupt nicht zur Diskussion stand. Die gerade in den Tagen des Kongresses bekanntgewordene Zahl von mehr als 500 — von rund 4000 — Priestern, die ihr Amt nicht ausüben dürfen, wurde nicht zur Kenntnis genommen. Tatsache ist aber, daß jeder achte Priester in seinem Beruf nicht tätig sein darf. Dies führte zusammen mit dem strengen „Numerus clausus“ bei der Priesterausbildung dazu, daß heute bereits 1600 Pfarreien — ein Drittel aller Pfarreien im Lande — unbesetzt sind.

Die Verlängerung des Kriegsrechts auf den Philippinen beeinträchtigt das Verhältnis von Staat und Kirche weiter in unerwartet großem Maße. Immer wieder hat Präsident *Ferdinand Marcos* eine Volksabstimmung über das Ende des Kriegsrechts verschoben, zuletzt von Ende Januar auf Ende Februar. Die jeweils angeführten Gründe sind so fadenscheinig, daß sie wohl kaum jemanden überzeugen können. Die katholischen Bischöfe des Landes, die sich erstmals gemeinsam Anfang September 1974 für eine sofortige Wiederherstellung normaler politischer Verhältnisse und einer Reihe von Grundrechten einsetzten (vgl. HK, November 1974, 565), sind nicht bereit, diese Verzögerungstaktik hinzunehmen. Der Erzbischof von Manila, *Jaime Sin*, der im vergangenen Jahr bereits mehrfach die Politik und Maßnahmen des Präsidenten öffentlich angeprangert hatte, machte in einem Gespräch mit Besuchern auf die ständigen Veränderungen des für das Referendum vorgesehenen Fragenkatalogs und die Manipulationen bezüglich des Datums aufmerksam und fügte die Bemerkung hinzu, selbst Barabas sei in der Lage gewesen, in einem Referendum über Jesus zu gewinnen (Far Eastern Economic Review, 24. 1. 75). Die Vereinigung der Ordensoberen der Philippinen veröffentlichte eine Erklärung, in der sie einen Boykott des Referendums befürwortet. Diese Ansicht hatte zuerst der als „radikal“ eingestufte Bischof von Bukidnon, *Francisco Claver SJ*, geäußert. Dahinter steht die Befürchtung, daß ohne eine freie und öffentliche Diskussion, ohne freie Presse und bei der verklausulierten Art der für das Referendum vorgesehenen Fragen das Ergebnis niemals die wahre Meinung der Filipinos widerspiegeln werde. Mit einer dermaßen verfälschten Entscheidung im Rücken könne *Marcos* dann wie bisher seine diktatorischen Vollmachten ausnutzen. In ähnlicher Weise äußerte sich eine Gruppe katholischer und protestantischer Priester und Laien unter Führung des ehemaligen Senators *Jovito R. Salonga*. Bereits zuvor hatte sich die Spannung verschärft, nachdem bekanntgeworden war, daß der seit Verhängung des Kriegsrechts im Untergrund lebende Pater *Edicio de la Torre SVD* verhaftet worden sei (NCNS, 30. 12. 74). Die Unruhe steigerte sich durch einen aus dem Gefängnis geschmuggelten Brief, in dem der Pater über Folterungen und drastische Verhöre berichtete (Far Eastern Economic Review, 10. 1. 75). Noch kurz zuvor hatte sich Erzbischof *Sin* beim Präsidenten für die Freilassung von 883 Gefangenen, darunter 205 politischen Häftlingen, bedankt. Nun wurde er erneut vorstellig, bisher allerdings ohne Erfolg.